

EU-KOMMISSION

Zwangsfonds für Stromversorger

Die Brüsseler Energie-Kommissarin Loyola de Palacio hat die europäische Strombranche in helle Aufregung versetzt. Sie will den Konzernen ihre Milliarden-Rückstellungen für einige Jahre entziehen und das Geld in einen öffentlichen Fonds einbringen. Der Er-

trag aus diesem Topf soll Atomkraftwerksbetreibern in EU-Beitrittsländern wie Litauen, Bulgarien oder Tschechien zugute kommen: Die könnten damit ihre Meiler auf europäisches Sicherheitsniveau bringen oder sie abwracken, so Palacios Absicht. Über Jahrzehnte hinweg haben die Stromversorger Rückstellungen gebildet, um die Endlagerung für atomaren Abfall zu finanzieren und – in 30 oder 40 Jahren – den Abriss der Meiler zu bezahlen. Allein die deutschen Versorger haben 40 Milliarden Euro an Rückstellungen angehäuft. Nach Palacios Vorstellungen sollten sie

das Kapital so lange unter Brüsseler Kuratel geben, bis sie selbst die Rückstellungen benötigten. Die Konzerne betrachten das Ansinnen der Kommissarin als Enteignungsversuch. Top-Manager deutscher Stromkonzerne haben sich vor drei Wochen zu einem Krisengipfel getroffen und sich darüber verständigt, gemeinsam gegen den Plan anzugehen.



Palacio



Atomkraftwerk Ignalina (in Litauen)

AP (GR); REUTERS (KL)

ARBEITSMARKT

Kritik an Gerster

In Bundesregierung und SPD-Fraktion macht sich Unmut über den neuen Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, breit. Der Vorwurf: Der neue Vorsitzende tue zu wenig, damit die Arbeitsämter mit einer ausreichenden Zahl von Beschäftigungsmaßnahmen die Arbeitslosenzahlen im Wahljahr 2002 nach unten drücken. So musste Gerster jetzt in einem Schreiben an Arbeitsminister Walter Riester einräumen, dass die geplanten Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in den ersten vier Monaten dieses Jahres mit knapp elf Milliarden Euro um rund 3,5 Prozent unter den Vergleichszahlen des Jahres 2000 lagen. Dass die Mittel nur stockend abfließen, schreiben Gersters Kritiker der allgemeinen Verunsicherung nach seinem Amtsantritt zu. Weil die Arbeitsämter über den künftigen Kurs der Behörde noch immer im Unklaren sind, bewilligten sie deutlich weniger Maßnahmen als möglich.



Gerster

GERSTER / LAIF

TV-KABEL

Galgenfrist für Ish

Mit Hilfe des Wohlwollens seiner Gläubiger hat sich der angeschlagene TV-Kabelnetzbetreiber Ish eine weitere Galgenfrist erkämpft. In hektischen Verhandlungen mit Banken und Gläubigern erreichte das Unternehmen in der vergangenen Woche einen vorläufigen Aufschub der Zahlungen. So stunden Großgläubiger wie die Deutsche Telekom ihre Forderungen für die Bereitstellung von Mietleitungen auf vier Monate. Auch andere Großunternehmen stellten ihre Zahlungsforderungen zurück. Außerdem schossen die beteiligten Banken einen Überbrückungskredit in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags nach. Allerdings sind die Zahlungen an Auf-

lagen geknüpft: Der amerikanische Ish-Hauptgesellschafter Calahan, der das NRW-Kabel vor zwei Jahren für rund vier Milliarden Mark von der Deutschen Telekom kaufte, muss sich nach weiteren Investoren umsehen. Zudem muss das Unternehmen mit seinen ehemals 2400 Beschäftigten weitere Sparprogramme auflegen. Experten halten es allerdings für fraglich, ob dies ausreichen wird, den auch wegen technischer Mängel in Verruf geratenen Kabelnetzbetreiber vor der Pleite zu retten.



Ish-Zentrale in Köln